

Willst auch du Konzernmacht brechen?

Unser Menschenrecht auf Wasser

- Unterschreibe die Petition auf unserer Website:
anders-handeln.at/petition
- Lade deine Familie und Bekannten ein, auch zu unterschreiben
- Organisiere Vorträge und Diskussionen in deiner Gemeinde, Schule, deinem Verein oder Betriebsrat. Wir schicken gerne Vortragende!
- Abonniere unseren Newsletter, um am Laufenden zu bleiben.
- Beteilige dich an unseren Aktionen ! Mehr Infos: www.anders-handeln.at/termine/

Unterstütze die Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ mit einer Spende! Die Kampagne finanziert sich über Spenden und Beiträge. Jede Spende - ob klein oder groß - macht die Kampagne möglich. Danke.

Attac Österreich / Anders Handeln
IBAN: AT552011182424891500
BIC GIBAAATWWXX

Impressum:
Attac Österreich, Margaretenstraße 166/3/25 A-1050 Wien
Tel: +4354440010, Fax: +4315440059
E-Mail: info@anders-handeln.at
Grafische Gestaltung: Wolfgang Berger



**Regeln für Konzerne
Stopp ISDS!**



Gefahren für unser Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen: Die Macht der Konzerne durch ISDS

„Moderne Handels- und Investitionsabkommen schränken die Möglichkeit der Menschen und ihrer Regierungen ein, Umweltgesetze zu machen, die ihr Wasser beschützen“ – Maude Barlow, kanadische Wasserrechtsaktivistin

Seit vielen Generationen leben wir in dem Konsens zusammen, gewisse lebenswichtige Bereiche als Gemeinschaft zu regeln. Dazu zählen Trinkwasser, Bildung, der öffentliche Verkehr und vieles andere. Diese öffentlichen Dienstleistungen sind ein wertvolles und unverzichtbares Element unserer Gesellschaft. Gleichzeitig sind sie durch ISDS-Klagen besonders angreifbar.

ISDS als Paralleljustiz für Konzerne

ISDS steht für Sonderklagerechte für Konzerne. Mit diesen können sie Staaten im Rahmen einer Paralleljustiz auf Schadenersatz in Millionenhöhe verklagen, wenn durch neue Gesetze ihre Profitinteressen eingeschränkt werden. Die ISDS sind in vielen Handels- oder Investitionsabkommen festgeschrieben. Die rechtliche Grundlage für diese Klagen sind Investitionsabkommen oder Handelsabkommen, die ISDS enthalten. 60% der bisherigen Entscheidungen bei solchen Klagen waren im Interesse der Konzerne und Investoren.

Estland vs. Tallina Vesi: Klage wegen Nein zur Wasserpreiserhöhung

In Estlands Hauptstadt Tallinn sind über 65% des städtischen Wasserversorgers Tallina Vesi in der Hand eines ausländischen Investors. 2014 wollte das Unternehmen die Wasserpreise erhöhen, was der Staat im Interesse seiner Bürger*innen untersagt hat. Daraufhin reichte Tallina Vesi eine ISDS-Klage auf Basis des bilateralen Investitionsschutzabkommen Niederlande-Estland ein. Der Konzern klagte auf über 90 Millionen Euro Schadenersatz! Die Verhandlungen laufen noch.

Österreich muss alle Investitionsabkommen beenden bzw. ablehnen

2018 haben die ÖVP, FPÖ und NEOS Nationalratsabgeordneten dem Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) zugestimmt. Österreich hat die Wasserversorgung in CETA nicht umfassend ausgenommen. Tritt das Investitionsabkommen mit Kanada je in Kraft, haben in Kanada ansässige Konzerne, die in Österreich oder der EU investieren, die Möglichkeit Schadenersatzklagen für profitmindernde Gesetze anzudrohen oder einzureichen.

Deshalb fordern wir von der österreichischen Regierung, bestehende bilaterale Investitionsabkommen zu beenden und allen anderen, die gegenwärtig auf EU Ebene verhandelt werden, eine Absage zu erteilen

Gefahren für den Zugang zu Wasser weltweit: Mangelnde Regulierung und Straflosigkeit von Konzernen

„Verbindliche Regulierung ist dringend erforderlich, um den Betroffenen auf der ganzen Welt den uneingeschränkten Zugang zur Justiz zu ermöglichen und damit die Straflosigkeit der Konzerne effektiv zu beenden.“ – Pablo Fajaron, Anwalt der Betroffenen der Verbrechen von Chevron im Amazonas

Für den Schutz der Menschenrechte bei weltweiten Unternehmensaktivitäten gibt es bisher nur freiwillige Leitprinzipien. Bei Verstößen haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung - die Konzerne bleiben straflos.

Chevron in Ecuador: kein Schadenersatz für Verseuchung von Grundwasser

28 Jahre lang verletzte der Ölkonzern Texaco, heute Chevron, bewusst Menschenrechte und zerstörte den ecuadorianischen Amazonas um Kosten zu sparen: 450.000 Hektar kontaminierter Regenwald, 18 Milliarden Tonnen Giftmüll in Flüssen, tausende offene Giftmüllgruben. 30.000 Menschen sind von erhöhten Fehlgeburten und Krebsraten betroffen, die durch verseuchtes Grundwasser verursacht werden. Sie kämpfen seit Jahrzehnten um Gerechtigkeit, doch der Konzern bleibt bislang straflos.

Leider ist die Straflosigkeit des Falles Chevron genauso wenig eine Ausnahme wie die Straftat an sich. Konzerngewinne speisen sich systematisch aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen.

Historische Chance: UN-Abkommen zur Konzernregulierung

Abhilfe könnte das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte schaffen, das derzeit verhandelt wird. Gelingt es, genügend gesellschaftlichen Druck aufzubauen, kann das Abkommen Vertragsstaaten dazu verpflichten, Konzerne menschenrechtlich verbindlich zu regulieren – und zwar auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Lieferketten und Tochterunternehmen.

Österreich muss sich für UN Abkommen stark machen

Um den Zugang zu Wasser weltweit zu garantieren fordern wir von der österreichischen Regierung, konstruktiv an den Verhandlungen für das UN-Abkommen teilzunehmen und sich auch für verbindliche Regulierungen von Konzernen auf Europäischer Ebene stark zu machen.